



Gnadenlos nach Recht und Gesetz?

Asylpolitik in den Kommunen

Diskussionsveranstaltung mit

Alexander Thal - *bay. Flüchtlingsrat*

Harald Weinberg, MdB - *DIE LINKE. im Bundestag*

Eckart Wangerin - *Stadtrat, erlanger linke*

Ausländer- u. Integrationsbeirat (*angefragt*)

Freitag, 23. März 2012

um 19:30 Uhr

Großer Saal im Gewerkschaftshaus

Friedrichstr. 7 - Erlangen

(gegenüber Neustädter Kirchplatz)

Asylpolitik in den Kommunen Gnadenlos nach Recht und Gesetz?

Immer wieder lesen wir in den Medien Berichte zur Asylpolitik in Deutschland. Dabei geht es häufig um die Fragen der Lebensverhältnisse von Asylbewerbern, der Dauer ihrer Verfahren und die Entscheidungen über ihren Status. Wenig bekannt ist in der Öffentlichkeit, dass die meisten Asyl-Anerkennungsverfahren mit einer Ablehnung der Bewerber ausgehen. Das heißt zwar noch nicht, dass sie gleich wieder abgeschoben werden. Denn in ihren Herkunftsländern bestehen die Verhältnisse, die sie zur Flucht veranlasst haben, oft noch viele Jahre weiter. Viele abgelehnte Asylbewerber leben deswegen oft jahrelang mit dem Status der Duldung in Deutschland. Meist sind sie dann mit ihren Familien auch gut integriert in unserer Gesellschaft. Das gilt besonders für die Kinder. Für sie werden die Abschiebungsbescheide und die Abschiebungen, oft mitten in der Nacht, zu zweiten traumatischen Ereignissen. Stellvertretend dafür steht der Fall „Leyla“ im vergangenen Jahr in Nürnberg, deren Abschiebung erst durch einen breiten Protest verhindert werden konnte.

Vor kurzem vertraten der Erlanger Ausländer- und Integrationsbeirat und der bayerische Flüchtlingsrat öffentlich die Meinung, die Gesetzesauslegung und die Abschiebungspraxis des Erlanger Ausländeramts seien durchgängig unnötig hart und vernachlässigten die Persönlichkeitsrechte der Asylbewerber. Bekannt wurde dies unter dem Begriff **„Sheriff Gnadenlos“**.

Haben die ausführenden Ausländerämter in den Kommunen hier überhaupt rechtliche Spielräume oder müssen sie so handeln, wie es oft bei den bekannt gewordenen Fällen zu lesen ist? Oder blüht hier hinter vorgeblichen Sachzwängen eine versteckte Form von Rassismus?

Wie stellt sich die Gesetzeslage auf Bundesebene dar? Gibt es Gesetzesinitiativen, die eine andere Praxis, nämlich den Schutz der Menschenrechte der Flüchtlinge, zum Prinzip erheben wollen?

Diesen Fragen wollen sich die Referenten bei dieser Veranstaltung stellen. Alle Referenten haben immer wieder, wenn auch unterschiedlich, Erfahrungen mit den Ergebnissen der derzeitigen Ausländerpolitik gemacht. Da ist zum einen die Praxis der bayerischen Flüchtlingspolitik, die besonders durch teilweise unzumutbare Wohnverhältnisse (z. T. in Container-Lagern) immer wieder in die Schlagzeilen kommt. Da sind die Gründe, die zu Fluchtbewegungen führen, wie z. B. in Kurdistan bzw. dem EU-Kandidaten Türkei und da sind die Erfahrungen mit der Erlanger Ausländerbehörde. All das gibt Anlass, besonders vor dem Hintergrund des Falls „Sheriff Gnadenlos“, die Ausländerpolitik auch auf kommunaler Ebene mehr als bisher zu beleuchten.

Lange Zeit wurde auch von etablierten bayerischen Politikern offen zugegeben, dass man Asylbewerbern den Aufenthalt möglichst unbequem machen wolle, um sie zu veranlassen, baldmöglichst wieder auszureisen. Neonazis sind bei dieser unterschweligen Ausländerfeindlichkeit nicht stehen geblieben, sondern sind bewusst rassistisch und gewalttätig gegen Ausländer oder Wohnheime von Asylbewerbern vorgegangen.

All das zeigt: Ausländer- oder Asylpolitik ist ein Thema, das auf allen Ebene der Politik eine immer größere Bedeutung bekommt.